



Neue «Europa-Abstimmung» bringt SVP in die Zwickmühle



Gegen die Parteilinie: Lukas Reimann ist bei der Übergabe der Unterschriften letzten Donnerstag mit dabei.

Bild Peter Schneider/Keystone

Das Schweizer Stimmvolk wird über die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU entscheiden. Das Referendum ist offiziell zustande gekommen. Die SVP steht jetzt vor einer schwierigen Parolenfassung.

Von Hans-Peter Wäfler

Bern. – 51 348 gültige Unterschriften haben die Referendumsführer von der Jungen SVP, der Lega dei Ticinesi und den Schweizer Demokraten (SD) gegen die Personenfreizügigkeit eingereicht. Das teilte gestern die Bundeskanzlei mit; nötig gewesen wären 50 000 Unterschriften. Damit ist klar, dass das Stimmvolk über die Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU sowie über dessen Ausdehnung

auf Bulgarien und Rumänien entscheiden wird. Als Abstimmungstermin ist der 9. Februar 2009 vorgesehen.

Von einer «administrativen Meisterleistung» sprach gestern SD-Geschäftsführer Bernhard Hess, «zumal weder die SVP noch die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz unser Referendumskomitee unterstützt haben.» Gross ist die Freude auch beim 26-jährigen SVP-Nationalrat Lukas Reimann aus St. Gallen: «Ich danke allen, die in der vergangenen Woche bis zuletzt noch Unterschriften gesammelt haben.» Und er ist überzeugt: «Die SVP kann jetzt die Reihen wieder schliessen und gegen die Freizügigkeitsvorlage antreten.»

Mit seinem Engagement für das Referendum hatte sich Reimann gegen die Position seiner eigenen Partei gestellt. Auf Anordnung von Christoph Blocher hatte sich die SVP gegen das Lancieren eines Referendums und für den Boykott einer «undemokratischen Mogelpackung» ausgesprochen. Dies, nachdem das Parlament in der Sommersession die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit und die Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien in eine Vorlage gepackt hatte.

«Boykott-Parole» unwahrscheinlich

Jetzt, da das Referendum zustande gekommen ist, steht die SVP vor einer schwierigen Parolenfassung – und angesichts des nahen Abstimmungstermins unter Zugzwang. Entscheiden werde wohl die nächste Delegiertenversammlung Ende November, sagte SVP-Präsident Toni Brunner. Dass die SVP dabei einen Boykott der Abstimmung ausrufen könnte, hält er für eher unwahrscheinlich: «Das wäre schwierig zu vermitteln in einer direkten Demokratie.»

Damit zeichnet sich ein hartes Ringen in der SVP um den Positionsbezug ab. Unterstützt sie das Freizügigkeitspaket, müsste die SVP die Erweiterung um Bulgarien und Rumänien schlucken. Tritt sie gegen die Vorlage an, stellt sie die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge insgesamt in Frage, wovor der Wirtschaftsflügel der Partei warnt. SVP-Präsident Brunner spielt den Ball deshalb den anderen Parteien zu, wenn er von einer «unbefriedigenden Ausgangslage» spricht: «Die Verantwortung dafür trägt die Mitte-links-Koalition im Parlament, die das undemokratische Paket geschnürt hat. Und sie muss auch bereit sein, einen hohen Preis dafür zu bezahlen.»

Bei anderen ist der Fall klar

Die Präsidenten der anderen Parteien von rechts bis links hatten bereits früher angekündigt, für ein Ja zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zu kämpfen. Die Abstimmung sei sicher nicht von vornherein gewonnen, sagte SP-Generalsekretär Thomas Christen. Es sei deshalb wichtig, im Abstimmungskampf einerseits die wirtschaftlichen Vorteile zu zeigen und andererseits auch die Bedeutung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping in den Vordergrund zu rücken, um den Ängsten Rechnung zu tragen.

Die FDP will sich mit zwei liberalen Komitees für die Vorlage engagieren, wobei eines ein Unternehmerkomitee ist, wie Generalsekretär Stefan Brupbacher sagte. Die Abstimmung werde eine Herausforderung, weil die Gegner emotional argumentieren würden und die Wirtschaftslage sich verschlechtern könnte. Auch die CVP bekräftigte, sich mit Vehemenz für die Fortsetzung des bilateralen Wegs einzusetzen. (ap)